

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 7. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Noch keine bayerische Räterepublik.

Die Lage in München noch ungeklärt.

München, 6. April. (Telunion.) Am Sonntagmittag war die Situation in München noch vollständig ungeklärt. Zwar hatten die Sonnabend festgefundenen Rassenversammlungen Beschlüsse gefasst für die Ausrufung der Räterepublik auf kommunistischer Grundlage, doch ist bisher ein solcher Akt nicht vollzogen worden.

Aus München wird den P. V. R. am Sonntagnachmittag gemeldet: Eine Entscheidung über die Räterepublik ist in München zurzeit noch nicht gefallen. Der Zentralrat wollte die Räterepublik einführen. Der Plan scheiterte zunächst daran, daß die Kommunisten und Unabhängigen dagegen waren.

Die bayerische Sozialdemokratie gegen die Räterepublik.

München, 6. April. Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am 6. April im Künstlerhaus in München tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaat Bayern erklärt.

Die zum Rätekongreß nach Berlin abgereisten bayerischen Vertreter sind telephonisch nach Bayern zurückberufen worden.

Generalstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. April. Die Entscheidung über den Generalstreik ist nun gefallen und die am Sonntagabend ihre Tätigkeit beginnende Nachtschicht hat, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sogar als erste die Arbeit verweigert. Da dies nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft ist, wird sich erst am Montag zeigen können, wie weit der Aufforderung, in den Generalstreik einzutreten, nachzukommen werden wird.

Das Streikverbrechen im Ruhrrevier.

Die Stadt Essen im Dunkeln.

Essen, 6. April. (Telunion.) Infolge des durch den Gesamtaustrand hervorgerufenen Kohlenmangels ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk nicht mehr in der Lage, die Stadt Essen hinreichend mit Strom zu versorgen.

Essen, 6. April. Der Zentral-Belehrungsrat teilt entgegen anderslautenden Meldungen mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes 221 Becken mit 372 000 Bergarbeitern im Generalstreik.

Die gesamte Arbeiterschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängig ist, hat sich dem Generalstreik gestern angeschlossen.

Neues Arbeitsrecht.

Berlin, 5. April. Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeschreibungen umfassenden Arbeitsrechts sind jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Oster eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammenzutreten soll, der die Ausführung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen, die allen beteiligten Gruppen entnommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Die neueste Heße der „Freiheit“.

„Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre“.

Leidensgläubig jagt die „Freiheit“ alles auf, was zur Verheerung der Massen und zur Verschärfung und zum Ueberleben der Volkseindrigkeiten verwendbar ist. Es handelt sich bei ihr nicht um Kritik, die an sich ja überall erwünscht ist, sondern es handelt sich darum, ihre bestimmten Ziele zum gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Regierung zu fördern.

Am Sonntagmorgen bringt sie eine ergreifende und konterrevolutionäre aufgemachte Rede des Majors v. Stockhausen. Diese Rede, sowie die Zusammenkunft der Offiziere, vor der sie gehalten worden sein soll, ist, wie jetzt bekannt wird, von A bis Z erlogen. Kein Wort von all dem ist wahr! Der Text der Rede, wie er in der „Freiheit“ abgedruckt ist, mit höchstem Kopfe liest, dem drängt sich sofort das Gefühl auf, daß hier nur zum Zweck der Heße ein Tollhausstück zurechtgestutzt worden ist.

Seit die „rote Fahne“ nicht mehr erscheint, hat die „Freiheit“ ihre Rolle übernommen. Sie fordert am Schlusse die Arbeiter auf, die „irregulierten Soldaten“ zur Meuterei zu verleiten, indem man „die Lüge und den Betrug ihrer Vorgesetzten“ vor ihnen entlarven soll. Siehe da! Mit einem Male sind die „Muthunde“ „rote Soldaten“ und wie die schönen Souff von der „Freiheit“ gedruckten Titel heißen, die „irregulierten“ ... Mal so, mal so, wies es den Zwecken der gewissenlosen Heße entspricht!

Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam.

Amsterdam, 6. April. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei der Internationalen Sozialistenkonferenz, die am 25. April in Amsterdam stattfindet, werden aus Deutschland Hermann Müller und Hugo Haase vertreten sein, aus Österreich Friedrich Adler und Seif, Languet und Renaudel aus Frankreich, Stuart Dunning und Ramsay MacDonald aus England, Johnson und Shannon aus Island, Ryan aus Australien und aus Georgien Bertelli und vielleicht auch Tschibise. Außerdem kommen noch Vertreter aus Arabien und Südamerika, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Bulgarien, Luxemburg, Estland, Litauen, Norwegen und Dänemark. Es wird vorgeschlagen werden, am 11. August eine Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern abzuhalten.

Zur Freiwilligenfrage.

Von Friedrich Stampfer

Soldaten, und seien sie auch die besten, sind immer nur ein notwendiges Uebel. Denn entweder braucht man sie zum Kampf gegen außen, und der ist ein schreckliches Unheil, oder man braucht sie zum Kampf im Innern, und das ist womöglich noch schlimmer. Nach fünf blutigen Jahren sehnen wir uns nach einer Welt, in der keine Schüsse mehr knallen, keine Handgranaten knallen und in der man daher auch keine Soldaten braucht.

Der Völkerverbund soll den Staaten eine Rechtsicherheit gewähren, zu deren Schutz es keiner Massenheere mehr bedarf. Die freie Weltverfassung der Völker soll die Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße auf ein Mindestmaß verringern, ein Gebührendes der Welt soll den Völkern die Möglichkeit bieten, ihre Streitigkeiten auf friedlichem Wege auszutragen.

Nur das Gesetz und der Wille einer erdrückenden Mehrheit, es anzuerkennen, kann die Gefahr der Gewaltanwendung aus der Welt schaffen. Das gilt nach außen wie nach innen. Es gibt keinen Bürgerkrieg, wenn der Staat nach festen Regeln regiert wird, deren bindende Kraft keiner ernsthaften Bestreitung ausgesetzt ist. Solche Regeln bietet die Demokratie und sie allein. Alle Volksgenossen sind gleichberechtigt, die Mehrheit entscheidet, und wer sich dieser Entscheidung widersetzt, ist ein Verbrecher an der Souveränität des Volkes. Aber jedem wird die Luft vergeben, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen, wenn er aus der Erfahrung weiß, daß das Volk solche Verletzungen seiner Souveränität nicht duldet. Die im Volksebewußtsein verankerte Demokratie ist der innere Frieden.

Diese einzig mögliche Staatsform des inneren Friedens ist heute in Deutschland noch nicht gesichert, und es ist bitter zu sagen, daß sie, wenigstens in diesem Augenblick, von links schwerer bedroht ist als von rechts. Die Reaktion hält ihre Zeit noch nicht für gekommen und sieht einströmen zu, wie ihr der Spartakismus die Gasen in die Röhre jagt.

Wäre der erste Gewaltstoß gegen die Reaktion von rechts gekommen und wäre die Arbeiterklasse einig, so hätten wir die revolutionäre Arbeiterwehr. Weil der erste Gewaltstoß von links kam und die Arbeiterklasse uneinig ist, haben wir die Freiwilligenkorps. Spartakus und sein unabhängiger Anhang schimpfen auf Rüttelwag, aber sie haben ihn zu dem gemacht, was er ist.

Die Arbeiterklasse zeigte sich nicht fähig, die Demokratie zu schützen, weil sie nicht einig und geschlossen für sie eintrat. Die revolutionäre Arbeiterwehr wurde unmöglich, weil die Arbeiterschaft selbst in kämpfende Gruppen zerfiel. Gätten wir heute die revolutionäre Arbeiterwehr und die Regierung würde sie zum Schutz der Demokratie ausrufen, was würde sich ergeben? Die Mehrheitssozialisten würden marschieren, die Spartakisten würden ihnen in den Rücken schießen, und die Unabhängigen würden die Mehrheitssozialisten Gewaltmännchen heißen, wenn sie sich umdrehen, um sich gegen die Spartakisten zu wehren.

Im besten Fall würde durch Abstimmung entschieden werden, ob man sich der Regierung zur Verfügung stellen soll oder nicht, und so würde das Schicksal des Reiches zuguterletzt nicht von 40 Millionen gleichberechtigten Volksgenossen, sondern von einigen Hunderttausend Waffenträgern endgültig bestimmt werden. Auf diesem Boden sind denn auch die famosen „Neutralitäts-Erklärungen“ gewachsen, die wir im Laufe der letzten Monate staunend erlebt haben.

Zuletzt in Bayern. Was begibt sich da? Eine erregte Großstadtmenge, von der niemand sagen kann, ob sie auch nur die Mehrheit der Großstadtbevölkerung ist — wahrscheinlich ist sie es nicht! — beschließt, den Zusammenritt des vom ganzen Volke gewählten Landtags gewaltsam zu verhindern und ohne Befragen des Volkes eine neue Verfassung einzuführen. Und die Garnison erklärt sich für neutral. Die Soldaten leben vom Kasernensenster zu, wie vor dem Landtag Maschinengewehre aufgeschoben werden, um die gewählten Volksvertreter am Betreten des Sitzungssaales zu verhindern.

Die Frage wird erlaubt sein: Wozu sind die Soldaten eigentlich da? Bayern hat die Verhütung von Grenzschutruppen verboten, der Zweck des Schutzes nach außen fällt also weg. Wiebe nur noch der Schutz der inneren Rechtsordnung, des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, der Demokratie. Wenn er auch hier nicht mittut, wozu ist der Soldat dann noch Soldat? Ist er es dann überhaupt noch oder ist er nur noch ein uniformierter Staatsbürger, der von der Allgemeinheit Lohn und Nahrung erhält?

Ein selbstherrlicher Militarismus ist eine Gefahr, ein parasitärer ist ein Uebel. In einem freiwillig geordneten





